

Antrag

der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Dr. Götz Frömming, Thomas Ehrhorn, Marc Bernhard, Jürgen Braun, Marcus Bühl, Petr Bystron, Tino Chrupalla, Joana Cotar, Dr. Gottfried Curio, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Wilhelm von Gottberg, Verena Hartmann, Dr. Heiko Heßenkemper, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Leif-Erik Holm, Stefan Keuter, Jörn König, Dr. Rainer Kraft, Frank Magnitz, Jens Maier, Hansjörg Müller, Tobias Matthias Peterka, Stephan Protschka, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Beatrix von Storch, Dr. Harald Weyel, Wolfgang Wiehle, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Auf dem ehemaligen Flugplatz Rangsdorf einen Erinnerungsort für die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 schaffen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

2021 jährt sich das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 zum 77. Male. An diesem Tag startete Oberst i. G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg, von dem Publizisten Wolfgang Venohr als „Herz, Hirn und Faust des deutschen Widerstands“ (Wolfgang Venohr [Hrsg.]: Ein Deutschland wird es sein, Erlangen – Bonn – Wien, 1990, S. 22) bezeichnet, vom Flugplatz Rangsdorf aus zum Vortrag in das Führerhauptquartier Wolfsschanze bei Rastenburg. Hitler sollte bei der an diesem Tage anberaumten Lagebesprechung mittels einer Bombe getötet werden. Das Attentat auf Hitler und der Umsturzversuch (Deckname „Unternehmen Walküre“) scheiterten. Hitler kam mit dem Leben davon. Stauffenberg und ein Teil seiner Mitverschwörer, namentlich General Friedrich Olbricht, dessen Stabschef Albrecht Ritter Mertz v. Quirnheim sowie Stauffenbergs Adjutant Werner v. Haeften, wurden noch in der Nacht zum 21. Juli im Innenhof des Bendlerblocks, in dem sich heute die Gedenkstätte Deutscher Widerstand befindet, erschossen.

Hitler schrieb die Verschwörung einer „ganz kleinen Clique ehrgeiziger Offiziere“ zu. Die Maßnahmen indes, die seitens des NS-Regimes in der Folge eingeleitet wurden, sprechen eine andere Sprache. Die „Sonderkommission 20. Juli“, der Hunderte von Personen angehörten, suchte mit Vehemenz nach weiteren Verschwörern. Wie viele Opfer es im Zuge der staatlichen Verfolgungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem 20. Juli gegeben hat, darüber gehen die Angaben zum Teil auseinander. Nichtsdestoweniger wirkte Hitlers Verleumdung der Widerstandskämpfer, sie hätten vor allem aus einem verletzten Ehrgeiz heraus gehandelt, weil sie als Elite entmachteten worden seien,

im Nachkriegsdeutschland nach. Vielen Deutschen galten die Verschwörer des 20. Juli 1944 bis weit in die 1960er Jahre hinein als „Verräter“.

Heute wird den Attentätern und insbesondere dessen Hauptfigur, Claus Schenk Graf von Stauffenberg, nicht mehr vorgehalten, „Verräter“, sondern Verächter der parlamentarischen Demokratie gewesen zu sein und sich bis zur Niederlage in Stalingrad Ende Januar/Anfang Februar 1943 mehr oder weniger im Einklang mit Hitlers Politik und Kriegführung befunden zu haben. Für den Massenmord an den europäischen Juden hätten sich Stauffenberg und seine Mitverschwörer angeblich auch 1944 nicht interessiert. Diese Fakten seien bisher vor allem deshalb nicht hinreichend gewürdigt worden, so die Kritik, weil Stauffenberg in seiner zentralen Rolle als Kopf des Widerstandes und als Symbolfigur eines „besseren Deutschlands“ nicht beschädigt werden soll.

Dass diese Sichtweise Stauffenberg und seinen Mitverschwörern in keiner Weise gerecht wird, belegen unter anderem die Aufzeichnungen seines Freundes Joachim Kuhn in sowjetischer Haft, die sich bis 1997 in russischen Archiven befanden. Stauffenberg wurde Anfang 1942 Kuhns Vorgesetzter und gewann ihn für die Ziele der militärischen Widerstandskämpfer. Kuhn stellte folgendes fest: Die „Behandlung der Bevölkerung durch die deutsche Zivilverwaltung“, die fehlende politische Orientierung und die „Judenbehandlung“ bewiesen nach Stauffenberg, dass der Krieg nicht, wie von Hitler behauptet, auf eine europäische Neuordnung ziele. Überdies sei es unmöglich, den Krieg zu gewinnen, und damit sei dieser ein „sinnloses Verbrechen“ (Peter Hoffmann: Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Die Biographie, München 2007, S. 11 f., 264). Laut dem Historiker Peter Hoffmann sind die Aussagen Kuhns von maßgeblicher Bedeutung: sie unterstreichen, dass Stauffenbergs Widerstand maßgeblich von „ethischen Überlegungen, vor allem von der Ablehnung der Verbrechen an der Ostfront und der Judenverfolgung“ (Hanne Stinshoff) getrieben war (vgl. u. a. Peter Hoffmann, a. a. O., S. 264, 426; siehe auch die Besprechung von Hanne Stinshoff: www.gedenkstaettenforum.de/nc/publikationen/publikation/news/stauffenbergs_freund_die_tragische_geschichte_des_widerstandskaempfers_joachim_kuhn/; letzter Zugriff: 12. Dezember 2020).

Stauffenberg stand der im George-Kreis rezipierten Idee des „Geheimen Deutschlands“ nahe. Bei vollem Respekt vor den Kulturleistungen anderer Nationen sah er in der deutschen Kultur ein besonderes geistiges Potenzial angelegt, das allerdings aufgrund der Besonderheiten der deutschen Geschichte nie zur Entfaltung gekommen ist. Noch in der Nacht des gescheiterten Attentats sollen seine letzten Worte kurz vor der Hinrichtung im Hof des Bendlerblocks „Es lebe das geheime“ oder, so andere Quellen, „heilige Deutschland!“ gewesen sein. Ein Verständnis Stauffenbergs und seiner Mitverschwörer steht im direkten Zusammenhang mit dieser Idee. Die idealistische Gesinnung spielte in ihr eine ebenso große Rolle wie Selbstlosigkeit und Tapferkeit.

Von besonderer Bedeutung für das Verständnis Stauffenbergs sind dessen Beziehungen zum bürgerlich-zivilen Widerstand, dessen gesellschaftspolitische Positionen in sein Denken einfließen. Dass sich führende Köpfe der bürgerlich-zivilen Opposition Stauffenberg anschlossen – zu nennen ist hier als Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung insbesondere Julius Leber, der für Stauffenberg eine Vertrauensperson war –, lag maßgeblich in dessen charismatischer Persönlichkeit begründet.

Vor diesem Hintergrund bedarf es verstärkter Bemühungen, um der heutigen im „Kern pazifistisch orientierten“ (Thomas Karlauf: Stauffenberg: Porträt eines Attentäters, München 2019, S. 227) deutschen Gesellschaft, die kaum mehr Vorstellungen von dem Weltbild des preußisch-deutschen Offizierskorps hat, die Beweggründe der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 verständlich zu machen. Nicht die Gesinnung stand im Vordergrund, sondern das Handeln aus Verantwortung heraus. Neben ethischen Motiven verfolgten sie vor allem das Ziel, den Krieg raschestmöglich mit einem für Deutschland halbwegs erträglichem Ausgang zu beenden. So erklärte Stauffenberg im April 1943: „Ich habe das Gefühl, dass ich etwas tun muss, um das Reich zu retten;

wir sind als Generalstäbler alle mitverantwortlich“ (Eberhard Zeller: Oberst Claus Graf von Stauffenberg. Ein Lebensbild, München 1963, S. 238). Das Offizierskorps war aus der Sicht wesentlicher „Träger des Staates“ und die „eigentliche Verkörperung der Nation“ (Erich Kosthorst: Die Geburt der Tragödie aus dem Geist des Gehorsams: Deutschlands Generäle und Hitler. Erfahrungen und Reflexionen eines Frontoffiziers, Bonn 1998, S. 31). Entsprechend diesem Verständnis wuchs dem Offizier eine Mitverantwortung im Staat zu. Von dieser Warte vor allem ist das Handeln Stauffenbergs und seiner Mitverschwörer zu deuten. Welch überragende Bedeutung Stauffenberg hierbei zukam, zeigt folgendes Eingeständnis von Reichspropagandaminister Goebbels: „Wäre das Attentat geglückt, Stauffenberg allein hätte uns gefährlich werden können“ (zitiert bei Viktor Reimann: Dr. Joseph Goebbels, Wien 1971, S. 329).

Der heute zunehmende Fokus darauf, dass es bei den Verschwörern des 20. Juli 1944 vor allem um Demokratieverächter und ehemals überzeugte Nationalsozialisten gehandelt habe, die als Vorbilder für die heutige deutsche Demokratie bestenfalls bedingt oder nur als Beispiele für „Zivilcourage“ tauglich seien, hat seine Wurzeln nicht zuletzt in den späten 1960er Jahren. In dieser Zeit brach sich zunehmend ein sogenannter Antifaschismus Bahn, der unter anderem eine weitgehende Abkehr vom antitotalitären Konsens nach sich zog. Seitdem hat der Streit um die demokratische Gesinnung des deutschen Widerstands nicht nachgelassen, der zunehmend mit den Maßstäben des heutigen Zeitgeistes beurteilt wird (vgl. hierzu u. a. Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, Info-Brief: Erbe und Rezeption des 20. Juli 1944 – aus Anlass des 60. Geburtstages 2004 –, Fachbereich XI, 23. Februar 2004, WD 1-077/03, S. 14 f.). Bereits vor 25 Jahren konstatierte der Journalist Jens Jessen mit Blick auf die Beurteilung des 20. Juli 1944, es habe sich „zum ersten Mal das selbstgerechte Gesicht einer Gegenwart“ gezeigt, „die ihre politischen Verhältnisse zum moralischen Maßstab der Vergangenheit zu machen trachtet“ (Jens Jessen: Verfassungsfeinde, Die Zeit, 4/2000, 20. Januar 2000, S. 33).

Zentraler Bestandteil dieser „politischen Verhältnisse“ ist eine Erinnerungspolitik, die zunehmend von doktrinen Positionen und Interessenlagen bestimmt ist und sich oft genug in der Kultivierung eines Schuldkomplexes ergeht. Dem ist ein Diktum von Alexander Schenk Graf von Stauffenberg, einem der älteren Brüder Claus Schenk Graf v. Stauffenbergs, entgegenzuhalten. Er mahnte in einer 1948 gehaltenen Denkrede, es seien nicht „hunderte der edelsten Deutschen für die Freiheit ihrer Heimat und Europas ungebrochen in einen grauenhaften Tod gegangen, damit wir uns in flagellantenhafter Selbstbezeichnung ergehen“ (zitiert auf dem Buchumschlag von Manfred Riedel: Geheimes Deutschland. Stefan George und die Brüder Stauffenberg, Köln 2006). Auch diese heute unpopuläre Einlassung gehört zum geistigen Erbe des 20. Juli 1944. Sie ist auch Mahnung, sich kritisch mit dem routinierten Betrieb der deutschen Erinnerungskultur zu beschäftigen, in der die deutsche Schuld mittlerweile die Rolle eines Fixsterns eingenommen hat, von dem aus und zu dem hin die gesamte deutsche Geschichte betrachtet wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich dafür einzusetzen, dass auf dem Gelände des ehemaligen Flugplatzes Rangsdorf eine Stätte des Erinnern und Lernens für das gescheiterte Attentat am 20. Juli 1944 errichtet und finanziell angemessen ausgestattet wird. Von diesem Flugplatz aus startete Stauffenberg und sein Adjutant Werner von Haeften in den Morgenstunden nach Rastenburg, um Hitler bei einer Lagebesprechung im Führerhauptquartier Wolfsschanze zu töten. Nach dem missglückten Attentat landeten beide wieder in Rangsdorf, um in Berlin den Umsturz unter dem Decknamen „Unternehmen Walküre“ auszulösen;

2. darauf hinzuwirken, dass die Erinnerungsstätte so eingerichtet wird, dass sie in Kombination mit dem dort geplanten Konversionsprojekt mit einer klaren Aufwertung des ehemaligen Reichssportflughafens Rangsdorf verbunden ist, der seit dem Abzug dort stationierter sowjetischer Luftstreitkräfte im Jahre 1994 dem Verfall anheimgegeben ist. Diese Aufwertung trägt auch dem Bemühen des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege Rechnung, das 1995 das Flugfeld und ein große Teile der Gebäude, das frühere Vereinsheim des Aero-Clubs am Rangsdorfer See, das Sozial- und das Kantinegebäude, die vier erhaltenen Hallen aus der NS-Zeit und die Wohnhäuser für Werksangehörige an der Walther-Rathenau-Straße und später auch den ehemaligen Betriebssportplatz aufgrund der hohen nationalen historischen und architekturgeschichtlichen Bedeutung der Anlage unter Denkmalschutz gestellt hat (www.bz-berlin.de/berlin/umland/flugplatz-rangsdorf-bekommt-endlich-wieder-eine-zukunft; letzter Zugriff: 12. Februar 2021). Dessen ungeachtet hat das Land Brandenburg als Besitzer des Geländes den gesamten Flugplatzkomplex seit 1992 verfallen lassen; ein Großteil der Gebäude nahm durch Vandalismus und Witterungseinflüsse erheblichen Schaden (www.bz-berlin.de/berlin/umland/flugplatz-rangsdorf-bekommt-endlich-wieder-eine-zukunft; letzter Zugriff: 12. Februar 2021). 2018 erwarb ein Investor die Hallen im östlichen Teil des Flugplatzes einschließlich des Flugfeldes. In Zusammenarbeit mit der Gemeinde Rangsdorf ist ein Konversionsprojekt geplant, das das Gelände des früheren Flugplatzes unter Beachtung der Auflagen des Denkmalschutzes in einen neuen Ortsteil mit Wohnungen und öffentlichen Einrichtungen umwandeln soll, was auch mit einer verbesserten verkehrstechnischen Anbindung des ehemaligen Flughafens einhergehen soll;
3. mit Blick auf das Erinnern und Lernen an diesem Ort im besonderen Maße den Blutzoll zu würdigen, den der politisch verantwortungsbewusste Teil des Adels als Träger des militärisch-nationalkonservativen Widerstands und die mit ihm kooperierenden bürgerlich-zivilen Widerstandskreise erbracht haben. In diesem Zusammenhang ist auch darauf zu verweisen, dass der 20. Juli 1944 das Ende des Adels als staatstragender Gesellschaftsschicht markierte. Mit ihr ging nach Ralf Dahrendorf auch „die Realität des Gedankens dahin, der sich vielen im Namen Preußen symbolisiert“ (Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 444 f.). Wie sich diese „Realität“ im Denken und Handeln der Widerstandskämpfer manifestiert hat, soll ein besonderes Anliegen der Gedenkstätte sein;
4. in das Erinnern und Lernen auch das Schicksal der Ehefrauen und Kinder der Widerstandskämpfer in besonderer Weise einfließen zu lassen, die vielfach in Sippenhaft genommen wurden. Die Kinder der inhaftierten oder bereits hingerichteten Verschwörer sollten ihre Eltern vergessen und an linientreue Nationalsozialisten zur Adoption freigegeben werden. Sogar die Namen der Kinder sollten zu diesem Zweck geändert werden. Die Ehefrauen, aber auch Mütter oder Schwestern waren oftmals Vertraute der Widerstandskämpfer und damit in besonderer Art und Weise in den Widerstand gegen den Nationalsozialismus eingebunden. Ihr Engagement im Widerstand gegen Hitler, gerade auch in menschlicher Hinsicht, sollte mit dieser Erinnerungsstätte eigens gewürdigt werden;

5. mit Blick auf die Errichtung einer derartigen Erinnerungsstätte auch die Rolle der damaligen Feindmächte, insbesondere Großbritanniens und der USA, gegenüber dem deutschen Widerstand beleuchten. Deren Forderung nach bedingungsloser Kapitulation des deutschen Staates hat den deutschen Widerstand in eine tragische Lage gebracht. Auf der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 erhoben, untergrub diese Forderung die Hoffnung, dass ein Deutschland ohne Hitler andere Friedens- oder Waffenstillstandsbedingungen erhalten würde als mit Hitler und verlängerte damit den Krieg.

Berlin, den 18. Februar 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

